

Der «Green Deal» – eine Chance für die Schweiz

Die Europäische Union (EU) macht Ernst beim Klimaschutz. Der European Green Deal, mit dem der Kontinent bis 2050 klimaneutral werden soll, ist ein Kernvorhaben der neuen Europäischen Kommission. In den kommenden fünf Jahren will sie Massnahmen setzen, die die Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich und im Verkehr senken, sowie grüne Finanzinstrumente stärken. Zudem will sie zugunsten erneuerbarer Energien langfristig aus der Kohleverstromung aussteigen.

Um das Stromsystem für die schwankende Produktion der Erneuerbaren zu wappnen, setzt die Europäische Kommission unter anderem auf neue Speicherkapazitäten und mehr grenzüberschreitenden Stromhandel. Dies betrifft auch die Schweiz.

Die schweizerisch-europäische Zusammenarbeit im Strombereich tritt derzeit an Ort. Schon seit 2007 verhandeln beide Parteien ein Stromabkommen. Das Abkommen ist zwar nahezu fertig. Jedoch hat die EU die Unterzeichnung an den Abschluss des institutionellen Rahmenabkommens geknüpft. Die innenpolitische Blockade des Rahmenabkommens legt somit auch das Stromabkommen auf Eis. Ohne Stromabkommen wird die Schweiz von der EU bei wichtigen technischen Koordinationsmechanismen nicht berücksichtigt.

Für das Schweizer Stromnetz ist dieser Zustand ein ernstes Problem. Der Anstieg des grenzüberschreitenden Stromhandels in Europa verursacht immer grössere, ungeplante Stromflüsse durch das Schweizer Netz. Diese ungeplanten Flüsse begrenzen die Importkapazitäten und gefährden die Netzstabilität. Erst im Mai dieses Jahres entging die Schweiz nur knapp einem Blackout. Der Übertragungsnetzbetreiber Swissgrid hat das Problem deutlich benannt. Bislang wurde jedoch keine langfristige Lösung gefunden, auch weil die EU nicht von ihrer harten Position abrückte.

Der European Green Deal kann Gelegenheit für eine neue, «weichere» Kooperation mit der EU sein. Vier Aspekte sprechen dafür:

Erstens ist die Schweiz im Strombereich ein strategisch wichtiger Partner für die EU. Stattliche 10

Prozent aller grenzüberschreitenden Stromflüsse in Europa gehen durch das Schweizer Netz.

Zweitens wird die EU auch Nichtmitglieder in den «Green Deal» einbeziehen müssen. Dies zumindest, wenn sie ihr eigenes Ziel, den «ersten klimaneutralen Kontinent» zu schaffen, wörtlich nimmt.

Drittens könnte die neue Europäische Kommission gegenüber der Schweiz weniger konfrontativ auftreten. Zwar bleibt die Schweiz in Brüssel Chefsache. Doch der Hardliner Martin Selmayr, unter Jean-Claude Juncker noch Generalsekretär der Kommission, gehört nicht mehr zum neuen Team unter Ursula von der Leyen.

Viertens könnte eine baldige Abwicklung des Brexit der EU mehr Spielraum gegenüber der Schweiz geben. Eine pragmatische strompolitische Zusammenarbeit mit dem Sonderfall Schweiz wäre nicht länger von der möglichen Präzedenzwirkung für Grossbritannien überschattet.

Will die Schweiz die Gunst der Stunde nutzen, muss sie der EU etwas bieten. Sie wird sich überlegen müssen, was sie zum European Green Deal beitragen kann. Bei den Zielsetzungen jedenfalls herrscht bereits Einigkeit. Auch die Schweiz will gemäss Bundesratsentscheid vom August bis 2050 klimaneutral werden. Zudem hat die «grüne Welle» bei den zurückliegenden Parlamentswahlen ein politisches Momentum für konkrete Massnahmen erzeugt. Die innenpolitische Dynamik kann die Grundlage für ein aussenpolitisches Signal sein: Die Schweiz ist bereit, einen gewichtigen Beitrag zur Klimaneutralität Europas zu leisten, wenn die EU sie dafür bei der netztechnischen Koordination besser einbezieht. Bleibt ein solches Signal aus, könnte sich die Tür für eine strompolitische Zusammenarbeit mit der EU rasch wieder schliessen. Damit wäre jedoch weder dem Klima noch der hiesigen Netzstabilität gedient.

Benjamin Hofmann

Der Politikwissenschaftler forscht an der Uni St.Gallen. Er ist Mitautor der St.Galler Studie [«Europeanization of the Swiss Energy System»](#).